

Bürgerinitiative will Aufzug am Bahnsteig

Stubbener Gleis-Brücke könnte zum Hindernis für Rollstuhl und Rollator werden / Brief an Entscheidungsträger

Neue Außenbahnsteige am Stubbener Bahnhof sollen Bahnkunden mehr Komfort bieten. Die Mitglieder einer Bürgerinitiative sehen das neue Konzept mit Skepsis. Sie haben sich mit einem Brief unter anderem an zwei Staatssekretäre gewandt.

VON LUISE BÄR

Beverstedt. Die neuen Außenbahnsteige am Stubbener Bahnhof sollen den Zugreisenden mehr Sicherheit und Komfort bieten. Beim Aus- und Einstieg müssen keine Stufen mehr überwunden werden und der ebenfalls stufige Gang über die Gleise wurde geebnet. Wer das Bahngleis wechseln will oder sein geparktes Fahrzeug ansteuert, muss nun einen um ein paar Hundert Meter längeren Weg in Kauf nehmen. Der Weg führt bisher über den höhengleichen, beschränkten Bahnübergang im Zuge der Landesstraße L 134. Dieser wird voraussichtlich im Herbst des Jahres geschlossen, wenn die Bauarbeiten an der neuen Gleis-Brücke und die erforderliche Verlegung der L 134 abgeschlossen sind.

Die Bahnreisenden erreichen dann über eine Treppe an der Brücke die Überführung, um die Gleise zu überqueren, so die Planungen. Für bewegungseingeschränkte Menschen mit Rollator oder Rollstuhl wird die Treppe nicht zu überwinden sein. Ihnen bleibt nur der lange Umweg über die neue Rampe entlang der L 134, der über 1000 Meter betragen kann – und mit einer Steigung von sechs Prozent gebaut wird.

Die Gemeinde Beverstedt hatte sich wiederholt bei der Deutschen Bahn für einen Fahrstuhl an der Brücke eingesetzt. Die Anträge wurden aus Kostengründen abgelehnt, ebenso eine Kostenübernahme durch das Straßenbauamt. Auf eine sechstellige Summe werden die zusätzlichen Kosten für die Aufzüge geschätzt. Aus der Beverstedter Gemeindekasse könne der Betrag in den kommenden Jahren nicht aufgebracht werden, hatte Bürgermeister Ulf Voigts bereits in der Vergangenheit erklärt.

Bürgerinitiative schickt Schreiben

Die Bokeler Bürgerinitiative will sich mit dem Ergebnis nicht abfinden und hat sich mit einem Brief an die Planungs- und Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung und Bahnnetzbetreiber gewandt, um eine Optimierung der Planung zu erreichen, be-



Der Bokeler Bürgerverein will Verbesserungen für die Bahnreisenden auf dem Bahnhof Stubben. Wenn die Brücke über die Gleise den bisherigen beschränkten Bahnübergang ablöst, kommen möglicherweise lange Fußwege auf die Fahrgäste zu, fürchten die Mitglieder. BÄR-FOTO: BÄR

vor der Bau abgeschlossen ist. Vor drei Wochen ging die Post unter anderem an die aus Bokel stammende Staatssekretärin Daniela Behrens (SPD) im niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Auch Staatssekretär Enak Ferlemann (CDU), Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, die DB Netz AG, die Landesstraßenbaubehörde Stade, die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen und die Gemeinde erhielten das Schreiben.

Ausführlich schildert die Vorsitzende Juliane Netzer darin die erschwerte Nutzung und die Wünsche nach kurzen und barriere-

freien Wegen. Wenn keine Aufzüge installiert werden können, solle der bisherige, höhengleiche Bahnübergang für Fußgänger und Radfahrer erhalten bleiben, so der Vorschlag. Durch eine veränderte Anordnung der Parkplätze oder Fahrkartenautomaten könnten die Laufwege ebenfalls verkürzt werden. Behrens hat mittlerweile mitgeteilt, dass das zuständige Fachreferat „alle zu einem gemeinsamen Gespräch an einem Tisch holen wolle“, teilte Netzer mit.

Unterstützung bekam der Bürgerverein von Ingo Ostermann, Mitglied des Fahrgastbeirates im Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (VBN), Bereich Bre-

merhaven. „Die Bedürfnisse der Ortsansässigen interessieren diejenigen, die die sechs Millionen Euro für den Bau einer nicht höhengleichen Kreuzung der Bahnstrecke freigegeben haben, nur peripher“, kritisiert Ostermann. Vielmehr gehöre dieses Projekt zum Programm zur Verbesserung der Hafenhinterland-Anbindung. Es müsse umgesetzt werden, da sonst die Kapazitätsengpässe auf der Strecke Bremerhaven-Bremen zunehmen würden. Schon heute kollidierten oftmals die wirtschaftlichen Interessen der Hafenvirtschaft mit den Ausbauplänen für den Personennahverkehr auf der Schiene.